



<b>STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2018/0702</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 2</b>
<b>Fortbestand sozialer Beschäftigungsverhältnisse sichern</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>23.10.2018</b>	<b>16</b>	<b>x</b>	

### Kurzfassung

Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion beantragte ursprünglich, dass die Stadtverwaltung und ihre Gesellschaften sicherstellen, dass bei ihnen eingesetzte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von Beginn ihrer Tätigkeit an mindestens einen Lohn in der Höhe erhalten, wie er für gleiche und gleichwertige Tätigkeiten an Stammbeschäftigte gezahlt wird. Hierbei werden alle Lohnbestandteile, insbesondere auch Sonderzahlungen berücksichtigt.

Mit Änderungsantrag vom 22. Oktober 2018 beantragt die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion jetzt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Equal-Pay-Regelung auszunehmen, die durch die Arbeitsförderungsbetriebe g GmbH (AFB) überlassen werden.

Eine Ausnahme für die Leiharbeiterinnen und -arbeiter, die der Stadt durch die AFB überlassen werden, von der Equal-Pay-Regelung, wäre möglich. Die im Änderungsantrag dafür genannten Gründe sind nachvollziehbar. Gleichwohl würde ein Widerspruch zum Anliegen des ursprünglichen Antrags entstehen, zielt dieser doch gerade auf eine gleiche Bezahlung. Die Stadtverwaltung hält daher an ihrer Stellungnahme (Vorlage 2017/10562) fest und empfiehlt den Antrag sowie den Änderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion für die Stadtverwaltung sowie für die Gesellschaften abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	x	Nein		Ja
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein		Ja
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein	x	Ja
Korridor-thema: durchgeführt am abgestimmt mit u.a. KVVH GmbH, VBK, AVG				

